

## Griechenland

PETER A. ZERVAKIS

In der Europa-Politik Griechenlands stand ein Ereignis im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit: Zum vierten und wohl letzten Mal, wenn es nach dem Verfassungsentwurf des EU-Konvents geht, seit dem Beitritt 1981 übernahm das Land turnusgemäß im Januar 2003 die halbjährige, prestigeträchtige EU-Ratspräsidentschaft. Zielsetzung und Organisation haben allerdings inzwischen derartige Ausmaße angenommen, dass sie sich radikal von denen der letzten Präsidentschaft 1994 unterscheiden, als es noch darum ging, den EU-Beitritt des geteilten Zyperns zu erzwingen.<sup>1</sup> Nach Abschluss der zweijährigen Vorbereitungszeit wollte die griechische Regierung die erfolgreiche Arbeit der dänischen Präsidentschaft<sup>2</sup> fortsetzen, um die noch offenen Themen voranzubringen bzw. abzuschließen. Zugleich hatte sich das Land am Rande Europas viel vorgenommen, um seine erfolgreiche Europäisierung euphorisch demonstrieren zu können.<sup>3</sup> Die Präsidentschaft stellte „neue Ideen und Aktionsvorschläge für ein erweitertes Europa mit mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr Sicherheit, mit einer stärkeren internationalen Präsenz und vor allem mit mehr Bürgernähe in den Vordergrund“ ihres ambitionierten, dicht gedrängten Arbeitsprogramms, um zusammen mit der ihr folgenden italienischen Präsidentschaft die nötige Kohärenz und Kontinuität sicherzustellen. Allerdings blieb sie die Antwort schuldig, wie sie den inhärenten Widerspruch in diesen Themen aufzulösen gedenke. Fünf Prioritäten setzte Premier Kóostas Simítis:<sup>4</sup> 1. Vollendung der Erweiterung; 2. Umsetzung des Lissabon-Prozesses; 3. Vergemeinschaftung der Migrations- und Asylpolitik trotz nationaler Egoismen; 4. Diskussion der Ergebnisse des Verfassungskonvents; 5. Fortschritte auf dem Weg zu einer Europäischen Sicherheitspolitik.

Wie sich vor dem Hintergrund der Irakkrise zeigen sollte, haben die Herausforderungen nicht nur in den Außenbeziehungen sowie im Bereich Justiz und Inneres zugenommen, sondern auch organisatorisch wurde das relativ ärmste EU-Mitglied unter großen Erfolgsdruck gesetzt. Auf dem Programm standen zwei Treffen des Europäischen Rates, fünf internationale Gipfeltreffen, 39 ordentliche Ministerräte sowie 14 außerordentliche Rats- und Ministertreffen. Ferner waren 16 internationale Gipfeltreffen, 37 Ministertreffen in Troika-Form sowie mehr als 180 Treffen und Konferenzen auf verschiedenen Ebenen in 36 griechischen Städten vorgesehen. Das Büro der griechischen Präsidentschaft im Außenministerium übernahm die gesamte Koordination, unterstützte die anderen Ministerien und Agenturen und war zudem Vermittlungsinstanz zum EU-Ratssekretariat. Dafür wurde das Personal in der permanenten Delegation in Brüssel verdoppelt und Arbeitsgruppen aus Regierungs-

## DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

beamten und Universitätsprofessoren machten sich an die Bewältigung besonderer Fachprobleme.

Eine erste, nach Politikfeldern differenzierte Leistungsbilanz der Präsidentschaft findet sich in der nachfolgenden Zusammenstellung.<sup>5</sup> Die Folgen der Irakkrise stellten die EU-Staaten gleich zu Beginn vor eine Zerreißprobe, so dass selbst die großen Themen wie Osterweiterung und Verfassungsvertrag zunächst in den Hintergrund rückten.<sup>6</sup> Die Simtis-Regierung erwies sich als ehrlicher Streitschlichter und „guter Krisenmanager“ und verhinderte geschickt „Schlimmeres“.<sup>7</sup> Sie schaffte es, dass die EU eine gemeinsame Position formulierte, „die Gewalt nur als letztes Mittel“ akzeptiert und sie trug entscheidend zur Normalisierung der transatlantischen Beziehungen bei. Allerdings konnten die Absichtserklärungen nicht die Frage nach der Legitimität des Krieges klären und wie zukünftig eine Spaltung Europas in fundamentalen Krisen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu verhindern sei. In den medial hervorragend inszenierten Gipfeln von Athen und Thessaloniki bewies Griechenland seine eigentliche Stärke, wenngleich das massive Polizeiaufgebot zur Eskalation der Gewalt auf den Gegenkndgeburgen beitrug. Die Ziele der Präsidentschaft wurden zwar weitgehend erfhlt, allerdings beschränkte sich die Präsidentschaft häufig auf die Formulierung von Aufgaben und die Vergabe von Arbeitsaufträgen. Erst die gemeinsame Festlegung auf konkrete Ziele, deren Umsetzung und spätere Evaluierung können zu echten Fortschritten in der EU führen, weshalb die Leistungen der folgenden Präsidentschaften in die Bewertung miteinfließen müssen.

### Die Ergebnisse der griechischen EU-Präsidentschaft nach Politikfeldern

<i>Politikfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Ergebnisse</i>
<b>I. Auswärtige Beziehungen</b>		
1. GASP / ESVP	Schaffung einer gemeinsamen eigenständigen Sicherheitsstrategie zur Übernahme von Verantwortung, um internationale Bedrohungen einzudämmen. Überprüfung der Konvergenz der nationalen Auenpolitiken.	Einhellige Zustimmung zum Sicherheitskonzept Solanas, das bis Jahresende vorliegen soll. Verabschiedung von 2 Aktionsplänen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und zum Kampf gegen den Terrorismus.
a) Einsatzbereitschaft in der ESVP	Praktischer Einsatz von EU-Streitkräften für schnelle und effektive Aktionen auch komplementär zur Nato zur Sicherung des EU-Einflusses in der Welt und zur gerechteren Aufteilung der Verantwortung.	Die Union erklärte am 19.5. ihre Einsatzbereitschaft in allen Petersberg-Aufgaben. Beginn der ersten Krisenmanagement-Operationen: Polizeieinsatz in Bosnien-Herzegowina, CONCORDIA in der FYROM, ARTEMIS in Bunia (Kongo).
b) Aktionsplan Europäische Einsatzfhigkeiten (ECAP)	Schaffung von Expertengruppen zur Beseitigung von Defiziten in einem Krisenmanagementeinsatz der EU.	Dauerhafte strategische Partnerschaft zwischen EU und Nato; Förderung von Projektgruppen, aber ungeklärte Finanzfragen.
c) Europäische Rstungskooperation	Schaffung einer gemeinsamen Agentur zur Stärkung der Rüstungsindustrie, des EU-Verteidigungsmarktes und zur Forschungsförderung.	Übereinkommen zur Einrichtung einer intergouvernementalen Rüstungsagentur durch den EU-Rat bis 2004, der offen für alle Mitgliedsstaaten ist.

Politikfeld	Zielsetzung	Ergebnisse
2. Erweiterung	Finalisierung der Beitrittsverträge und Überprüfung der Umsetzungsverpflichtungen. Annahme der verbesserten Beitrittspartnerschaft mit Rumänien, Bulgarien und der Türkei.	Unterzeichnung der 10 Beitrittsverträge in Athen am 16.4. Abschluss von 25 (Bulgarien) bzw. 19 (Rumänien) Acquis-Kapiteln. EU-Finanzhilfen sollen zum Verhandlungsabschluss bis 2004 beitragen. Reformanstrengungen der Türkei wurden gewürdigt, aber weitere Fortschritte angemahnt.
a) Westlicher Balkan	Weitere Europäisierung der Region durch Übertragung praktischer Kooperationsinitiativen aus dem Erweiterungsprozess in den Stabilitäts- und Assoziationspakt (Partnerschaften, Twinning, verstärkter Dialog).	Schlussfolgerungen des EU-Rats und der Gemeinsamen Erklärung vom 21.6.: Konkretisierung der Beitrittsperspektive unter Vorbedingungen. Erhöhung der EU-Regionalförderung um 210 Mio. Euro zur Konsolidierung von Demokratie, Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung. <sup>8</sup>
b) EU-US-Beziehungen	Wiederherstellung und Neuformulierung der weltweit wichtigsten strategischen Partnerschaft zur Anpassung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Kastellorizo-Report).	Gemeinsame Erklärungen vom 25.6. zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu Handels- und Energiekooperationen sowie zum Abschluss eines Transportsicherheitsabkommens, zu einer Kommunikationsstrategie und zu Rechtshilfe- und Auslieferungsabkommen.
c) Irak	Vermittlungsbemühungen für eine gemeinsame EU-Position wegen der Nichteinhaltung der UNSR-Resolution 1441. Koordination der humanitären Hilfe.	Die innere Spaltung der Union wurde auf den außerordentlichen Ratsreffen durch gemeinsame Positionen verhindert. Der UNO wurde eine zentrale Rolle im Wiederaufbau zugesprochen.
d) Friedensprozess im Mittleren Osten	Strategische Priorität ist die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts durch beidseitige Akzeptanz der „Zwei-Staaten-Lösung“.	Veröffentlichung und Annahme der „Roadmap“ durch Israel und die Palästinensischen Behörden auf dem Gipfel von Akaba.
<b>II. Wirtschafts- und Finanzpolitik</b>		
1. Koordination der Wirtschaftspolitik	Einführung eines robusteren und flexibleren Rahmens zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der die Konjunkturverläufe berücksichtigt.	Vereinbarung über verbesserte Regeln zur Implementierung. <sup>9</sup>
a) Weitgehende wirtschaftspolitische Leitlinien (BEPG)	Mittelfristige Verbesserung der EU-Wirtschaft durch wachstums- und arbeitsplatzfördernde Reformen, die die öffentlichen Finanzen stärken.	Vereinbarung über revidierte wirtschaftspolitische und arbeitsrechtliche Leitlinien.
b) Zinsbesteuerungsrichtlinie	Alle EU-Bürger (auch in der Schweiz) sollen eine minimale Vermögenszinssteuer zahlen.	Annahme des Steuerpakets einschließlich der Vermögensbesteuerung von 1989/1997.
c) Energiebesteuerungsrichtlinie	Zur Verbesserung des Binnenmarks und Erfüllung der EU-Umweltschutzzorgaben und des Kyoto-Protokolls.	Annahme der Richtlinie zur Besteuerung aller Energieprodukte (Gas, Mineralöl, Elektrizität, Kohle). <sup>10</sup>
d) Aktionsplan für Finanzdienstleistungen	Gründung eines EU-Rentenfondsmarkts zur effizienten Absicherung der Ansprüche zukünftiger Rentner. Verstärkung des Investorenschutzes.	Annahme der Richtlinie über Institutionen zur Bereitstellung von Rentenfonds und einer Gemeinsamen Ratsposition zur Richtlinie für Finanzprospekte.

# DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

Politikfeld	Zielsetzung	Ergebnisse
<b>III. Transport und Energie</b>		
1. Lufttransportwesen	Vergemeinschaftung der auswärtigen Verhandlungsführung zur Schaffung eines einheitlichen Luftraumes.	Der Transport-Rat stimmt erstmals der Übertragung der Verhandlungsautorität an die Kommission zu. Bilaterale Abkommen werden hinfällig.
2. Flughafenzuweisungsstandplätze	Verordnung zur zeitweiligen Aufhebung der Regeln wegen Nachfragerückgangs.	Übereinkunft zu einem Verordnungsentwurf auf Gemeinschaftsebene.
3. Zweites Eisenbahnpaket	Institutionelle Liberalisierung des Frachttransports per Bahn (ab 2006) bzw. Kobotage (ab 2008).	Übereinkunft zur Erhöhung des Marktanteils von Eisenbahnfrachtgut.
4. Liberalisierung der Energiemärkte	Sicherstellung offener gewerblicher Gas- und Elektrizitätsmärkte ab 2004 sowie der heimischen Märkte für Konsumenten ab 2007.	Annahme eines Gesetzgebungspakets zur vollen Öffnung der EU-Energiemärkte.
<b>IV. Wettbewerb und Beschäftigung</b>		
1. Bessere Abstimmungen	Zur Vereinfachung und Minderung regulatorischer Lasten.	Interinstitutionelles Abkommen zur besseren Abstimmung durch Einrichtung der Task-force „Beschäftigung“.
2. Gemeinschaftspatent	Patentantrag erhält Rechtsgültigkeit in gesamter EU.	Kompromiss zu einer Ratsverordnung.
3. Europäische Beschäftigungsstrategie (EES)	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Vollbeschäftigung.	Vereinbarung zu einer gemeinsamen EES.
4. Europäischer Sozialdialog	Dialog der EU-Führung mit den Sozialpartnern.	Institutionalisierung des Dreiparteien-Sozialgipfels für Wachstum und Arbeit.
5. Zeitarbeit	Festlegung minimaler Schutzstandards.	Keine Annäherung auf eine Richtlinie.
6. Betriebsübernahmen	Gleichbehandlung der Anteilseigner in allen Mitgliedstaaten.	Keine Annäherung auf eine Richtlinie wegen Fundamentaldifferenzen.
<b>V. Verschiedenes</b>		
1. EU-Personalverordnung	Sicherung von Qualität, Vielfalt und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.	Griechischer Vorschlag stieß auf breiten Konsens, so dass ein Abschluss bis Jahresende möglich erscheint.
2. Europäisches Parteien- und Finanzierungsstatut	Institutionalisierung europäischer Parteien zur Identitätsbildung.	Zustimmung zum griechischen Kompromissvorschlag für einen Verordnungsentwurf.
<b>VI. Informationsgesellschaft</b>		
1. Elektronische Demokratie	Schaffung eines „elektronischen Demos“ zur Herstellung von Bürgernähe.	Griechischer Vorschlag zur Einführung von elektronischer Abstimmung („e-Vote“).
2. Zugriff auf Dokumente des öffentlichen Bereichs	Schaffung eines institutionellen Rahmens zum gleichberechtigten Zugang auf EU-Dokumente.	Übereinkunft zur Wiederverwendung solcher EU-Dokumente.
3. Elektronische Sicherheit	Kampf gegen illegale und schädigende Inhalte im Internet.	Zustimmung zu einem mehrjährigen Aktionsplan zur sichereren Nutzung des Internet.
4. Agentur für Informationssicherheit	Sicherstellung der strafrechtlichen Verfolgung von organisierter Piraterie und Zerstörung von Websites.	Einigung auf einen Verordnungsvorschlag zur Gründung einer Agentur für Netzwerk- und Informationssicherheit.
5. e-Learning	Integration von e-learning in Bildung und Ausbildung.	Zustimmung zum mehrjährigen Programm der Präsidentschaft. <sup>11</sup>

Politikfeld	Zielsetzung	Ergebnisse
<b>VII. Justiz und Inneres</b>		
1. Legale Einwanderung	Die Einigung auf diese Rechtsinstrumente gehört zu den griechischen Prioritäten.	Annahme zweier Richtlinien zur Familienzusammenführung und Legalisierung von Nicht-EU-Langzeitwohnbevölkerung.
2. Asyl	Rahmenrichtlinie für Gemeinsames Europäisches Asylsystem.	Einigung auf Minimalstandards für den Flüchtlingsstatus erst am Jahresende erwartet.
3. Illegale Immigration, Kontrolle der Außengrenzen, Repatriierung	Weiterentwicklung der gemeinsamen Politik (Visa Information System, biometrische Pässe), allerdings erst nach Klärung der sensiblen Finanzen.	Die Grenzsicherungsausgaben werden bis 2006 auf 140 Mio. Euro erhöht. Für die Kooperation mit Drittstaaten zur Flüchtlingsrückführung stehen 250 Mio. Euro zur Verfügung. <sup>12</sup>
4. Justizielle Zusammenarbeit	Der EU-US-Vertrag ergänzt alle bisherigen bilateralen Vereinbarungen.	Vertrag auf Auslieferung und gegenseitigen Rechtsbeistand auf dem EU-US-Gipfel am 25.6.
5. Elterliche Verpflichtungen	Erweitert den einheitlichen Rechtsraum durch Vereinfachung und verbessert den Schutz der Rechte des Kindes.	Einigung auf einen Verordnungsentwurf zur Anerkennung und Durchsetzung der Rechtsprechung in ehe-lichen und elterlichen Angelegenheiten
<b>VIII. Umwelt- und Konsumentenschutz</b>		
1. Umweltschutz-diplomatie	Bedeutung des Umweltschutzes als Vorbedingung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Erweiterung und Investitionen müssen sich nach dem Umweltschutz-Acquis richten.	Griechische Regierung stellt neue EU-Diplomatie vor durch Förderung von Umweltschutztechnologien und Aufbau eines Netzwerks von Diplomaten und Experten.
2. Maritime Sicherheit	In nur 7 Monaten nach der Haverie der Prestige Einigung der Gemeinschaftsorgane auf eine neue Schutzregelung, die dem strengen US-Standard entspricht.	Annahme der Verordnung zur Ausmusterung von einwandigen Öltankern und zum sofortigen Verbot des Transports von Schweröl auf diesen.
3. Umwelthaftung	In Anwendung des Verursacherprinzips werden Unternehmer zukünftig finanziell haftbar gemacht für Prävention und Entsorgung.	Grundsatzeinigung auf Kernelemente einer Richtlinie zur Schaffung eines Umwelthaftungssystems auf griechischen Vorschlag, die noch vor den EP-Wahlen 2004 umgesetzt werden könnte.
4. Genetisch modifizierte Organismen (GMO)	Strikte Regelung durch Aufnahme des Cartagena-Protokolls für Biosicherheit.	Annahme einer Verordnung zum transnationalen Handel von GMOs.
5. Energie- und Wasserinitiativen	Gemeinsame Nutzung von Wasserressourcen wirkt als Katalysator für die Kooperation der Mittelmeer-Anrainer zur Sicherung von Frieden und Stabilität.	Griechische Initiative zur Konferenz über zukünftige Wasserkrisen und zur regionalen Kooperation für nachhaltiges Management von Wasserressourcen.
<b>IX. Landwirtschaft</b>		
Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)	Die Erweiterung der Gemeinschaft und die Doha-Runde der Welt-handelsorganisation macht die Reform des größten einzelnen Ausgabepostens notwendig.	Nach zähen Verhandlungen Verschiebung des entschärften Vorschlagspakets der EU-Kommission auf Druck Frankreichs hin.

Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an Results of the 2003 Greek Presidency by Policy Area ([http://www.eu2003.gr/multimedia/doc/2003\\_7/1112.doc](http://www.eu2003.gr/multimedia/doc/2003_7/1112.doc); letzter Zugriff vom 5.8.2003); Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Thessaloniki), 19./20.0.2003; C. Giering / F. Neuhann: Bilanz des Europäischen Rates ([http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/positionen/2003\\_06\\_thessaloniki.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/positionen/2003_06_thessaloniki.htm)).

## Anmerkungen

- 1 P. Zervakis: The Accession of Cyprus to the EU: The Greek Viewpoint, in: H.-J. Axt/H. Brey (Hrsg.): Cyprus and the European Union, München 1997, S. 137-150, bes. 145.
- 2 Vgl. F. und B. L. Laursen: The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen, Bonn 2003 (ZEI-Discussion Paper C 122).
- 3 Vgl. P. Zervakis: Globalisierung und Europäisierung als Herausforderungen für den Wandel des Nationalstaats in Europa, in: Ralf Elm (Hrsg.): Ethik, Politik und Kulturen im Globalisierungsprozess, Bochum 2003, S. 280-317.
- 4 Vgl. Rat der EU: Unser Europa., Brüssel 2002; <http://www.eu2003gr/en/articles/2003/1/6/1432>.
- 5 Vgl. P. Varvaroussis: Die Griechische EU-Ratspräsidentschaft, Teil I-III, in: Athener Zeitung, Nr. 466-468, vom 23., 30.5., 6.6.2003, S. 3.
- 6 Vgl. Giering/Neuhann, a.a.O., S. 2f.; M. Weyland: Prioritäten, in: <http://www.elisabethschroedter.de>.
- 7 M. Knigge: „Schlimmeres verhindert“ (vom 1.7.03), in: [http://www.dw-world.de/german/0,3367,1473\\_A\\_1\\_A,00.html](http://www.dw-world.de/german/0,3367,1473_A_1_A,00.html).
- 8 Vgl. M. Martens: Enttäuschung auf beiden Seiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.7.2003, S. 10; F.-L. Altmann: Der Gipfel EU-Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki: Zurück zur Realität?, in: [http://www.swp-berlin.org/pdf/swp\\_aktu/swpaktu\\_26\\_03.pdf](http://www.swp-berlin.org/pdf/swp_aktu/swpaktu_26_03.pdf).
- 9 Die EU-Ratsbeschlüsse sind selten konkret, daher ist die zügige Umsetzung in den zuständigen Fachräten wichtiger. C. Giering / V. Stör: Frostiger Gipfel in Brüssel, in: CAP-Aktuell – Positionen, 26.3.2003, S. 3.
- 10 Vgl. European Environmental Bureau: Assessment of the Environmental Results of the Greek Presidency: "Good intentions – mixed results" (<http://www.eeb.org/publikationen/>).
- 11 Kritisch ist die Liberalisierung im Bildungssektor zu sehen, da die Gefahr einer Umorientierung von pädagogischen zu rein ökonomischen Aspekten besteht. P. Zervakis: Der Bologna-Prozess und die Europäisierung des Hochschul- und Forschungsraumes, in: T. Studer (Hrsg.): Erfolgreiche Leitung von Forschungsinstituten, Hochschulen und Stiftungen, 3. Aufl., Hamburg 2003, Kapitel 5/2.1, S. 7.
- 12 Die griechische Regierung steht in der Tradition Spaniens und drängte auf die wirtschaftliche Integration der legalen Einwanderer und auf eine Erhöhung der Rückführungsquoten. Zudem forderte sie zusammen mit Italien, Portugal und Großbritannien eine gerechtere finanzielle Lastenverteilung bei der Sicherung der gemeinsamen EU-Außengrenzen und im Kampf gegen illegale Immigration. J. M. Martínez Sierra: The Spanish Presidency, Bonn 2003 (ZEI-Discussion Paper C 112), S. 41ff.

## Weiterführende Literatur

- Auernheimer, G.: Terrorismus und Antiamerikanismus in Griechenland, in: Südosteuropa 50 (2001) 10/12, S. 488-501.
- Bernardakis, P.: Griechenland als 12. Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Fakten und Perspektiven, Frankfurt am Main u.a. 2002.
- Coulombis, Th. A. u.a. (Hrsg.): Greece in the Twentieth Century, London 2003.
- Kuntze, O.-E.: Griechenland: Konjunktureller Schwung bei hoher Inflation, in: Ifo Schnelldienst 55 (2002) 11, S. 32-39.
- Lazarakos, G. G.: Das datenschutzrechtliche Medienprivileg, Berlin 2003.
- Meyer-Bauer, Dorothea: Europäische Integration – Kultureller Wandel in Westkreta, Berlin 2003.
- Patz, A.: Griechenland und die Transformationsländer auf dem Balkan, Leipzig 2002 (Zentrum für Balkanstudien, 5).
- Pagoulatos, G.: Greece's New Political Economy, Houndsmills 2003.
- Vretakou, V. / P. Rouseas: Das Berufsbildungssystem in Griechenland, Luxemburg 2003.
- Zavvos, G.: The European Convention and the Common Foreign and Security Policy, in: Südosteuropa Mitteilungen, 43 (2003) 3, S. 49-59.
- Zervakis, P. A.: Die Europäisierung der Zypernfrage. Ein Modell zur Vermittlung konfliktärer Interessen?, in: Ansgar Klein, u.a. (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen 2003, S. 313-334.
- Ders.: Die politischen Systeme Zyperns, in: W. Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S. 847-892.
- Ders.: Das politische System Griechenlands, in: W. Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Aufl., Opladen 2003, S. 687-730.